

# Emser Zeitung

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis

Bezugspreis 1.—15. Juni: 1000 Millarden, Anzeigenpreise:  
Die einf. Millimeter-Zeile 8 G.-Pf., auswärtige, aml. Be-  
kanntmachungen u. Verlegerung, 12 G.-Pf. Kell 25 G.-Pf.  
Die Preise werden mit dem Emser Multiplikator verrechnet.



Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.  
Notationsdruck und Verlag: H. Chr. Sonnen, Bad Ems.  
Post: B. Hauer Helsingors. Geschäftsstelle Kölnerstr. 95  
Telefon: 7. Brandwache Schriftleitung: G. A. Bloch

Amtliches Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Nummer 135

Bad Ems, Mittwoch den 11. Juni 1924

75. Jahrgang

## Das neue französische Kabinett.

Opposition der Kammer gegen die Regierung Marshal. — Die Botschaft Millerands.

Paris, 9. Juni. Die endgültige Zusammenstellung des Kabinetts Marshal ist folgende: Vorsitzender Finanzen Francis Marshal; Justiz Senatorialer; Amtsherr Abgeordneter Léonore du Prez; interior Senator Decroix; Krieg Maginot; Marine de la Fere; Kolonien Faure; Defensivische Arbeiten Le Trocque; Arbeit Bourdais; Befreiung Louis Marin; Wirtschaft Caüs; Defensivische Unterhalt Landry; Handel Abgeordneter Naudin.

Über die parlamentarische Lage nach der Bildung des neuen Kabinetts scheint es kaum: Obwohl die Gruppen der Mehrheit erst am Dienstag vormittag über die einstimmige Haltung breiten würden, können man schon jetzt zwei Möglichkeiten ins Auge lassen: Entweder würden nach der ministeriellen Erklärung die Mitglieder der Mehrheit ihrerseits auf der Kammertribüne eine gemeinsame Erklärung vertreten, in der die Haltung des Kabinetts der Linken, in der die Haltung des Kabinetts der Rechten ausinandersetzt und verlangt würde, sich ohne Debatte die begründete Logesordnung angenommen werde, oder aber es würde eine andere Interpellation eingebrochen und zur Debatte gestellt werden. Auch dann würde nach der Tagesordnung ein Absturz herbeigeführt werden. Wahrscheinlich würde für die Minorität Abgeordneter Recht eine andere Interpellation einbringen. Die Traditionen der Minorität würden vermutlich eine Debatte vorlängen, falls die Mehrheit dagegen wäre. Der Kampf zwischen den beiden Lagern könnte in diesem Falle auf die parlamentarischen Sitzungsordnungen eingeschränkt werden, die sich in die äusserste Form zusammenfassen lassen: „Gibt es eine Debatte oder nicht?“

Nach der Morgenzeitung bestätigt der der sozial-republikanischen Fraktion angehörige Abgeordnete Lebrun die Resolution, die im Jahre 1877 gegen das Kabinett Redon hervorgebracht wurde und den Rücktritt des Präsidenten der Republik, des Marquis de Malzahon, herbeiführte, soll wieder aufgenommen und am Dienstag nach der Befreiung der Botschaft des Präsidenten und der Regierungserklärung einstehen. Die Resolution lautet in der neuen Fassung: Die Kammer steht auf dem Standpunkt, dass das Ministerium, das sich dem Parlament vorstellt, eine Begründung der Rechte der Nation und des Parlaments ist, das es also das Recht hat, in seine Kabinett zu treten und erklärt, dass das Haus nicht in Beschlüsse zu dem Ministerium treten kann und zur Tagesordnung übergeht.

Der unabhängige Sozialist Auguste Boisselat, die von dem Cercle mehrereinhalb Minuten ausgestaltete Redepräsentation zu überzeugen, dass offiziell der mehreren, bürgerlichen Stellungnahme der Präsidenten der Republik und der Regierung in keinen Falle von der Kammer interpelliert werden kann. Er nimmt zu diesem Zweck die Interpellation wieder auf, die er am 15. Oktober 1923 eingebrochen hat und die das Recht des Präsidenten Millerand in Europa zum Gegenstand hatte. Sie verlangt Auskunft über die Maßnahmen, die das von den Präsidenten der Republik entworfene politische Programm führen. Danach folgt Boisselat ein Abruf jedoch nicht, zu dieser Interpellation zu sprechen.

### Die Präsidentenwahl

Paris, 9. Juni. In den Wählerversammlungen der Kammer war gestern viel von dem Zusammensetzung des Kongresses, d. h. der Vereinigung von Senat und Kammer zur Präsidientenwahl in Verhältnis, die Rede. Hauss bemerkte dazu, die Kammer habe keinem Zweifel zu unterliegen. Was Dommergut anlangt, die in der Kammer und im Senat zahlreiche Anhänger habe, so seien seine Wünsche noch nicht bekannt und man weiß nicht, ob er Kandidat sein werde oder nicht. Es schien, dass er seinen Entschluss zum Teil davon abhängig machen möchte, wie die Plenarsitzung der Landeskonsistenz von Kammer und Senat, die noch überstettern Brauch vor der Wahltagung des Kongresses in Versailles im Senat zusammentritt, ergänzt werde.

Martin glaubt zu wissen, dass der Präsident der Republik in der dem Parlament zu übermittelnden Botschaft zunächst stilisiert werde, doch entgegen der Verfassung, die das Mandat des Präsidenten auf sieben Jahre festgesetzt habe, eine aus den Wahlen hervorgegangene politische Mehrheit die Aussicht dieses Mandats dadurch unmöglich mache,

dass sie sich weigere, ein Kabinett zu bilden, das sich auf diese Mehrheit stütze. Der Präsident werde bemerken, dass ein derartiges Widerland ungünstig sei, und dass die Grundgesetz, um die Kompatibilität der Verfassung sicherstellen, eine vierjährige Zeitdauer für die Mandate des Präsidenten, der Senators und der Deputierten festgesetzt hätten. Man würde also für die Zukunft eine außerordentlich ähnliche Präsidentschaft haben, wenn man die Stärke des Staatschefs von Wahlvoraussetzungen abhängen würde. Die Botschaft werde ferner unterstreichen, dass die Haltung Millerands durchaus im Rahmen einer vorausgesetzten Rechtslage gäbe.

### Die Botschaft Millerands vor den Parlamenten

Der Inhalt der Botschaft Millerands besteht in der Vertreibung keiner ansonsten neuen Haltung. Noch muss eine Politik, die in Übereinstimmung mit den Alliierten die Sicherheit der Befreiungstruppen, die Durchführung des Befreiungsvertrags, den Frieden vor allen diplomatischen Mitteln, die europäischen Rezessionen eingestellt haben, sicher. Dem entsprechend muss die Innensicherheit ein Einheit und wirtschaftlich in Gleichgewicht stehen. Er betreibt eine Befreiung der Verfassung, die durch keinen Grund gerechtfertigt werden kann, und fordert, die Kammer werde von den beiden Kammern verlangen, dass sie sich darin über auszusuchen und durch eine unbedeutende Abstimmung kundgeben, ob sie einer derartigen Prädiktion allgemein wollen.

### Die Haltung des Blocks der Linken

Paris, 10. Juni. Gestern vormittag fand im Kammertische eine wichtige Sitzung der sozial-spezifischen Fraktion statt, an der auch die Deputaten der demokratischen Linken teilnahmen, die der Partei angehören, sowie das Bureau des Befreiungstruppen der Republik. Man hat bei dieser Sitzung über die heutige Konsolidierung beraten und einstimmig eine Tagesordnung für heute nachmittag angenommen, die in der Kammer eingeholt wird, auch von den Sozialisten und republikanischen Sozialisten und der republikanischen Linken abgelehnt wurden. Es steht fest, dass die Kammer nicht in Verbindung mit einem Kabinett treten könne, das durch seine Zusammensetzung eine Regelung der Rechte des Parlaments vorstelle. Sie beantragt den Eintritt in die der Verfassung widerstrebende Debatte und verlangt Verzögerung jeder Diskussion.

Paris, 10. Juni. Die Kammer hat mit 321 gegen 214 Stimmen den Vertragungsauftrag hergeholt, angenommen.

Paris, 10. Juni. In der Senatsitzung verfasste Senator Mairie die Botschaft des Präsidenten und die Erklärung der neuen Regierung. Als dann der Senator Cheron das Wort expressen wollte, um seine Interpellation zu entwenden, wogierte sich der Senat, unverfügbar in eine Diskussion einzutreten und verlangte die letzte Aussprache mit 144 gegen 144 Stimmen auf morgen nachmittag 8 Uhr.

### Das japanische Kabinett zurückgetreten

Tokio, 7. Juni. Das Kabinett ist zurückgetreten. Groß war wurde mit der Neubildung beauftragt.

### Die Lage in Albanien

Belgrad, 8. Juni. Am Laufe des gestrigen Tages wurde im radiotelegraphischen Wege zwischen der jugoslawischen und der italienischen Regierung eine Vereinbarung über die Herausgabe einer gemeinsamen Erklärung bezüglich der Haltung beider Staaten gegenüber Albanien erzielt. Gegen 11 Uhr wurde als für die Zukunft eine außerordentlich ähnliche Präsidentschaft haben, wenn man die Stärke des Staatschefs von Wahlvoraussetzungen abhängen würde. Die Botschaft werde ferner unterstreichen, dass die Haltung Millerands durchaus im Rahmen einer vorausgesetzten Rechtslage gäbe.

Die Regierung Südtirolens und die Regierung Italiens haben nach vertretlich ausgetauschten Aufsichten bezüglich der Lage in Albanien eine gute Übereinstimmung ihrer Standpunkte in dem Sinne konstatiert, dass sie nichts unternehmen, was die Entwicklung der Unabhängigkeitsbewegung in Albanien fördert oder hemmt könnte. Desweiteren betrachten beide Regierungen die Kämpfe in Albanien als eine innere Angelegenheit Albaniens. Gestern hier eingetroffene Berichte über den Fall Tirana bestimmen sie nicht. Nach den neuesten Nachrichten befindet sich die Regierung noch in Tirana trotz den blutigen Kämpfen, die um die Stadt loben. Die Befreiungstruppen kämpfen mit Erfolg. Sie wehren die Angriffe der Aufständischen von Süden her ab. Am der östlichen Seite der Stadt wurden die Angreifer ebenfalls geschlagen und müssen fliehen. Die Kämpfe der Befreiungstruppen gegen die Aufständischen Südalbaniens nahe Elbasan sollen auch mit Erfolg besiegelt sein. Der Ausgang des Krieges ist sehr wichtig, da er die Aufständischen ungünstig, sie müssten sich zurückziehen.

Paris, 9. Juni. Aus Rom wird gemeldet, dass die Aufständischen sich der Stadt Alessio, die von der Regierungstruppen geräumt werden, setzten werden.

### Um Albanien

Rom, 9. Juni. Stefani meldet: Infolge der Ereignisse in Albanien traten die Kabinette von Rom und Belgrad entsprechend dem jüngsten Italien und Sudostalpen abgeschlossenen Freundschaftsvertrag, der eine beiderseitige Zusammenarbeit vorsieht, in einen Weltkriegsausbruch. Beide Regierungen stellen dabei als Ziel ihrer Politik dar, dass sie nichts unternehmen werden, was die Entwicklung eines unabhängigen Albaniens behindert oder auch nur beeinträchtigt könnte. Sie betrachten daher den gegenwärtigen Kampf in Albanien als eine innere Angelegenheit dieses Landes.

Washington, 7. Juni. Drei Tage später folgte für die Annahme des Antrags von Hill, der die 500-Millionen-Dollar-Garantie für Deutschland vor sieht. Eintrat, stimmt der Senat den Antrag im Stimmenverhältnis 53:23 nieder. Da folgte eine Annahme des Antrags nach dem demokratischen Gesetz unterstellt. Die deutsche Regierung setzt dann in ihrer Lage, Tausende von Menschen zu retten. Deutschland leide unter dem Gefühl der Isolation und verlangt Sympathieerklärungen, die die Lage würdigen. Lodge stimmt gegen den Antrag. Die Aussprache war sehr lebhaft.

### Das Ende des Außestandes in Oberschlesien

Gießen 10. Juni. Der Außestand in Deutsch-Oberschlesien ist im Vergleich nach fünfjähriger Dauer und nach vierjähriger Dauer in den Eisenindustrie zusammengebrochen, ohne jedes Ergebnis für die Arbeit gebracht zu haben, sondern ihm im Laufe der vorherigen Woche die Zahl der Arbeitswilligen von Tag zu Tag zugewachsen zu haben. Der Kampf um die Arbeitseinkommen, das durch Schiedsprüfung der Arbeitgeber geworden ist, hat also mit dem Sieg der Arbeitgeber endet, nachdem diese jede Behandlung abgelehnt hatten, bevor nicht die Arbeitnehmer durch die Betriebsratsvertretung der Schiedsprüfung getroffenen eingeschränkten Zustand durch Wiederaufnahme der Arbeit Rechnung getragen hätten. Die kommunistischen Arbeitssparte, die den Kampf eingeleitet und geführt haben, haben eine schwere Niederlage erlitten.

### Der Sicherheitsplan Lord Geels

Der Plan Lord Geels zur Lösung der jugoslawisch-deutschen Sicherheitsfrage, der durch die jugoslawisch-deutsche und Serbiens in die Vorbereitung des politischen Interesses gerichtet wird, geht ursprünglich auf den englischen Politiker nationalsozialistischer Herkunft, General G. L. Spears, zurück. Lord Geel hat sich dabei zentral im Hintergrund gehalten und erst später die Botschaften vertrieben. Spears hat sich schließlich über den Plan auch in der deutschen Presse geäußert. Spears sagte damals:

Die Lösung, die ich vorschlage, ist kurz gefasst, folgend: Daß das Land über dem Reichsgebiet und gewisse Gebiete um dem reichen über einschließlich der Rhine vollkommen frei von militärischen Besetzungen, ja sogar innerhalb dieses Gebiets keine Besetzungen angelegt werden dürfen, das seine Rechtsverhältnisse statuieren und daß die großen strategischen Objekte, die durch diese Zone gehen, nicht für Möllerbauten oder Truppentransporte verfügbare sein dürfen.

Dieses Gebiet wird in seiner Weise, wider willkürlich noch politisch von Deutschland abgrenzen. Die Befreiungsmänner sind durch den Befreiungswirkung wirksam zu gelangen. Selbstverständlich würde die jugoslawisch-deutsche Grenze unverändert bleiben, und die französische Grenze, die gegenwärtig als Polizei in Deutschland sind, sich nach ihrem eigenen Lande und hinter ihre eigene Grenze zurückziehen müssen.

Es wird durch den Vertrag von Versailles vorgesehen, dass die Truppen die Alpenzone bis 1935 befreien dürfen und dass sie dauernd entmilitarisiert wird. Aber der springende Punkt meiner Ansicht ist der, dass die Entmilitarisierung weiter vor sich gehen würde, nachdem die Befreiungstruppen abgesetzt sind. Die Befreiungstruppen, die gegenwärtig als Polizei besetzt sind, sollt sich nach ihrem eigenen Lande und hinter ihrer eigenen Grenze zurückziehen.

Giner der ersten Botschaft der Alpenzonen bei diesem Plan ist, dass die jugoslawische Grenze nicht mehr in der Lage ist, die großen Landesteile des Alpenlands in ein Weltkrieg zu bewegen und eine dauernde Regelung herzustellen, die die jugoslawisch-deutsche Grenze unverändert bleibt, und die französische Grenze, seine bisherige Politik weiter fortsetzt, es sich von dieser Unterstutzung durch andre Nationen isoliert und sich 1935 in einer viel schwärmigeren Lage finden würde, als es sie im Jahre 1914 hatte — einem friedlichen Deutschland gegenüber, mit einer Befreiung, die ein Menschen gesucht hat.

Giner der ersten Botschaft der Alpenzonen bei diesem Plan ist, dass die jugoslawische Grenze nicht mehr in der Lage ist, die großen Landesteile des Alpenlands in ein Weltkrieg zu bewegen und eine dauernde Regelung herzustellen, die die jugoslawisch-deutsche Grenze unverändert bleibt, und die französische Grenze, seine bisherige Politik weiter fortsetzt, es sich von dieser Unterstutzung durch andre Nationen isoliert und sich 1935 in einer viel schwärmigeren Lage finden würde, als es sie im Jahre 1914 hatte — einem friedlichen Deutschland gegenüber, mit einer Befreiung, die ein Menschen gesucht hat.

Ein vollberechtigtes Mitglied des Befreiungstruppen werden.

Diese Lösung gewährt Deutschland die Sicherheit wie Frankreich; und da sie nach meiner Ansicht keine tatsächliche Aufgabe der Sicherheitspolitik ob der nationalen Werte eindeutig, dann es kann keinen Verlust an nationaler Werte bedeuten, zusammen mit anderen Nationen den Frieden eines bestimmten Gebiets zu sichern, und Deutschland würde natürlich einen Nutzen an der

internationale Gewaltmacht unter dem Befreiungstruppen, die die Befreiungstruppen in den Frieden übernehmen müsste, ja koste und verbraucht es draus, dass die deutsche Befreiungstruppen schaden würden, das der sozialistische Friede nicht auch in der Form einer Wiederaufnahme der Arbeit und seiner Arbeit über einen einzelnen Frieden und das es dadurch in naher Zukunft ein Widerstreit des Friedens und Fortschritts und zum Weltkrieg möglich machen wird, den zu beschleunigen es so leicht begreift.

### Herriot und Macdonald zur Hypothek

London, 9. Juni. Der Daily Telegraph gibt die Gründen eines zwischen Herriot und Macdonald erzielten Vereinbarungen an, das neben wirtschaftlicher und sozialer Milderung des Auftriebssatzes die Lösung der Sicherheitsfrage gewährt dem Verteilung der Wiederaufnahme des Friedens und Fortschritts und zum Weltkrieg möglich gemacht. Obwohl letzter Macdonald nicht sehr und den anderen Minister gar nicht sympathisch ist.





